

Vorstellung der Vorzugsvariante für die Seestraße Grundhafter Ausbau und Umgestaltung des Straßenraums

**Protokoll zur Bürgerversammlung am 22. November 2023 um 17:00 Uhr im Vereinshaus des
Kanu-Klub Börde Magdeburg e.V. Magdeburg, Seestraße 26**

Teilnehmende:

ca. 45 Bürgerinnen und Bürger

Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung:

Frau Jäger, Abteilung Stadterneuerung des Stadtplanungsamtes
Frau Meiners, Abteilung Verkehrsplanung des Stadtplanungsamtes
Frau Weber, Abteilung Verkehrsplanung des Stadtplanungsamtes
Frau Witter, Abteilung Straßenbau des Tiefbauamtes

Vertreter des Planungsbüros:

Herr E. Buschmann, Ingenieurbüro Buschmann GmbH, Magdeburg

Durchführung:

Frau Meiners eröffnet die Bürgerversammlung um 17:00 Uhr. Sie erläutert kurz den Ablauf der Veranstaltung und stellt die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung sowie des Planungsbüros vor.

Anschließend erläutert Frau Weber die Grundlagen der Planung, wie bestehende Stadtratsbeschlüsse, technische Regelwerke und Inhalte zum Klimaanpassungskonzept. Ziel ist der grundhafte Ausbau und die Umgestaltung des Straßenraumes der Seestraße zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Fußgänger-, Rad- und Kfz-Verkehr. Der Straßenausbau wird aufgrund der zu geringen Breiten der Straßenverkehrsfläche, der ungenügenden Oberflächenbeschaffenheit erforderlich. Eine gestalterische Aufwertung soll durch weitere neue Baumstandorte, Begrünung und eine Straßenoberflächenbefestigung, die die vorhandene Tempo-30-Zone gestalterisch unterstützt, erfolgen.

Herr Buschmann stellt die vom Stadtrat (einstimmig) beschlossene Vorzugsvariante vor. Diese gliedert sich in zwei Planungsabschnitte:

Abschnitt 1/Ost (Babelsberger Straße – An der Kälberweide)

Vorgesehen ist die Anlage einer durchgehenden Fahrbahn mit einer Breite von 5,50 m. Der Knoten An der Kälberweide wird einschließlich des Straßenanschlusses des Lummenweges als Straßeneinmündung baulich angelegt. An der Nordseite erfolgt die Einordnung eines durchgehenden Längsparkstreifens mit einer Breite von 2,00 m mit insgesamt 16 Stellplätzen. Die beidseitig angrenzenden Gehwege sind 2,30 bis 2,50 m breit geplant. An der nördlichen Grenze des öffentlichen Verkehrsraumes erfolgt die Fortführung der im östlichen Bereich bestehenden Baumreihe mit 6 neuen Baumpflanzungen in die Grünflächen vor den Grundstücksgrenzen.

Abschnitt 2/West (An der Kälberweide – Deich)

Der Abschnitt 2 ist als Mischverkehrsfläche geplant. Die Stellplätze für den ruhenden Verkehr sind als Längsparkplätze vorgesehen, um Gefahrensituationen beim Ausparken mit Radfahrern zu verhindern. Insgesamt können 7 Stellplätze und 9 neue Baumpflanzungen realisiert werden.

Die Breite der befestigten Fläche vor den Senkrechtstellplätzen beträgt zum Aus- und Einparken mind. 6,00 m. Am Ende der Mischverkehrsfläche erfolgt die Anlage eines Baumtores mit einer Durchfahrtsbreite von 4,00 m (Begegnungsfall Rad/Pkw). Am Ausbauanfang vor dem Elbdeich erfolgt die Einordnung einer Wendeanlage, welche das Wenden für dreiachsige Müllfahrzeuge ermöglicht.

Anschließend gibt Frau Weber noch einen Überblick über den weiteren Werdegang. Es werden konstruktive Hinweise der Bürgerinnen und Bürger festgehalten, Hinweise aufgenommen und zur weiteren Bearbeitung geht die Planung an das Tiefbauamt. Danach erfolgt die Erarbeitung der weiteren Planungsphasen durch ein Ingenieurbüro, die Ausschreibung der Bauleistungen sowie der Ausbau der Verkehrsanlage.

Im Anschluss der Präsentation nutzten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und ihre Anregungen und Bedenken vorzutragen.

Folgende Themen wurden angesprochen:

Hochwasserschutz

- Einige Bürgerinnen und Bürger erkundigten sich insbesondere nach dem Stand der Hochwasserschutzmaßnahme im Bereich Seestraße.

Frau Meiners verwies auf den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW). Ein gewisser Planungsstand liegt der Stadt zum Elbdeich vor und auch das LHW kennt die Planungen der Stadt zur Seestraße.

Es ist durch die Stadt beabsichtigt die Bürgerwünsche an das LHW heranzutragen, u.a.:

- Vorstellung der Maßnahme Hochwasserschutz bei den Bürgern vor Ort
- zeitliche Abstimmung der beiden Baumaßnahmen Stadt/LHW
- welche Nutzungsintensität wird der Verkehr zum Deich über die Seestraße durch Baustellenverkehr/Deich haben?
- Wird die Seestraße nach Fertigstellung der Maßnahme HWS/Deich eine Hauptzufahrt zum Deich hinsichtlich Bewirtschaftung, Evakuierung, Schwerverkehr?
- Einfluss von Hochwasser auf die Entwässerungsthematik der Seestraße
- Einfluss des Hochwassers auf die Asphaltfahrbahn (Wasserdruck des Drängwassers)

Herr Buschmann führt aus, dass entsprechende Belastungsklassen für die Befestigung der Fahrbahn mit einem bituminösen Oberbau sowie für die Bauweise aus Betonpflaster nach den technischen Vorschriften vorgesehen sind.

Radverkehr

- Es wird bemängelt, dass kein separater Radweg gebaut wird.

Die Verwaltung führt aus, dass die Seestraße sich in einer Tempo-30-Zone befindet und keine gesonderten Radverkehrsanlagen erforderlich sind. Die Mitbenutzung der Fahrbahn durch die Radfahrer ist weiterhin gegeben und wird durch die Wahl der Deckschicht gefördert.

- Des Weiteren wurden die Anzahl und die Standorte der Fahrradanhänger kritisiert, insbesondere im Bereich Seestraße Nr. 15.

Es wurde von der Verwaltung erläutert, dass hier erst der Stand der Vorplanung erarbeitet wurde (Ergebnis der Variantenfindung). Das jetzt erst die detaillierte Entwurfs- und Genehmigungsplanung erfolgt und auch Standorte hinterfragt werden.

Stellplätze

- Es wird von einer Anwohnerin beanstandet, dass es zu wenige Stellplätze insbesondere für das „Café Seestraße“ gibt und in der Planung viel weniger Stellplätze an der Straße vorgesehen sind als jetzt da sind. Ähnliche Bedenken und Meinungsäußerungen vermittelten auch andere Bürgerinnen und Bürger.

Frau Meiners führt dazu aus, dass die Stadt nicht in der Verantwortung ist, für private Nutzungen und deren Stellplatzbedarfe auf öffentlichen Straßen Stellplätze für Kfz zu errich-

ten/vorzuhalten. Lediglich für einen kleineren Umfang sind im öffentlichen Straßenraum Stellplätze einzurichten, z.B. für Liefer- und Pflegedienste, Handwerker und Taxen.

- Ein Anwohner geht auf den Erläuterungsbericht des Büros Buschmann ein, hier soll es heißen: „... weitgehender Erhalt des PKW-Stellplatzangebotes ...“.

Herr Buschmann geht auf die geplante Stellplatzanzahl ein.

Die Verwaltung wird prüfen inwieweit mehr Stellplätze im öffentlichen Raum hier geschaffen werden können.

- Weiterhin wird das dargestellte bessere Längsparken im Abschnitt An der Kälberweide – Deich angezweifelt, insbesondere hinsichtlich der Verkehrssicherheit.
Frau Weber geht auf die Platzverhältnisse ein.
- Der anliegende Kanuverein erläuterte, dass gesehen wird, dass die Stellplätze am Vereinshaus aufgrund der Stellplatz-Thematik erweitert werden müssen. Eine Planung sei in Vorbereitung.
- Am Ende der Diskussion zur Thematik Stellplätze kam der Wunsch der Anwohner auf zu prüfen, inwieweit man die Stellplätze bewirtschaften kann, da anscheinend nicht die Anwohner dort parken, sondern eher Auswärtige (Touristen zum Deich, Hundeauslauf, Veranstaltungsgänger, Café-Besucher, Vereinsmitglieder ...).

Die Verwaltung wird die Bitte auf Bewohnerparken und/oder Bewirtschaftung der Stellplätze prüfen lassen.

Straßenbreiten

- Insbesondere der Kanuverein wies darauf hin, dass ausreichende Straßenbreiten geplant werden sollen, weil oft mit großen Fahrzeugen und Anhängern zum Gelände des Vereins / der Vereine rangiert werden muss.

Frau Weber und Herr Buschmann führen allgemein aus, dass im Abschnitt 1 der erforderliche Begegnungsfall LKW/PKW durchgängig und in Abschnitt 2 der Begegnungsfall LKW/LKW an mehreren Ausweichstellen gegeben ist.

Grundstückszufahrten

- Es wurde durch eine Bürgerin angemerkt, dass sie zum Parken auf ihrem Privatgrundstück eine weitere Grundstückszufahrt zu ihrem Grundstück bauen müsste.
Frau Witter stellt klar, dass im Allgemeinen nur eine Zufahrt pro Grundstück durch die Stadt gestattet wird.

- Ein Bürger stellte konkret die Frage, wie das Niveau der Straße künftig verlaufen wird, da er eine Tiefgarage hat, die angebunden werden müsste.

Herr Buschmann führt aus, dass grundsätzlich keine Änderung des Niveaus geplant ist. In den weiteren Planungsphasen wird detailliert betrachtet werden, wie die Anpassung der Zufahrten an die Straßenhöhenentwicklung erfolgt. Es werden alle Grundstücke weiterhin angebunden werden.

Eine Inanspruchnahme privater Grundstücke (d.h. Grunderwerb durch die Stadt) ist nicht erforderlich.

Bürgerbeteiligung

- Es wird bemängelt, dass die Bürgermeinungen nicht eingeholt werden.

Frau Weber erläutert den Werdegang, insbesondere bei diesem Vorhaben, dass erst Grobvarianten erarbeitet wurden, dann folgte die Ausarbeitung ausgewählter Varianten, Stellungnahmen der Fachabteilungen zu Varianten wurden eingeholt. Anschließend erfolgte die Erarbeitung der Vorzugsvariante, die Vorstellung in der AG Radverkehr sowie die Überarbeitung der Variante. Anschließend erfolgte die einstimmige Bestätigung der Vorzugsvariante im Stadtrat.

Frau Meiners führt außerdem aus, dass die Planungen in den Ausschüssen, speziell im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (StBV) vorgestellt wurde. Das auch

einige Anwohner da waren. Die Planung wurde generell seitens der Anwohner begrüßt. Es gab jedoch noch Gesprächsbedarf hinsichtlich der Anzahl/Standorte der Fahrradabwehrbühnen sowie zu der höhenmäßigen Anbindung der Grundstückszufahrten (Niveauunterschiede) und Fragen zu den Einschränkungen während der Bauzeit. Es gab seitens der Stadt den Hinweis, dass dies erst in der weiterführenden Planung detailliert betrachtet wird.

Der Stadtrat bestätigte die vorliegende Vorzugsvariante einstimmig als Grundlage für die weiteren Planungen. Zusätzlich soll eine Bürgerbeteiligung vor Ort stattfinden, um Hinweise für die weiteren Planungsschritte einzuholen.

- Herr Canehl (Stadtrat/ADFC) befürwortet die Planung und bestätigt den bisherigen Beteiligungsprozess (AG Radverkehr) sowie die jahrelangen Bemühungen des Stadtrates um eine Verbesserung der Straßensituation. Er erläutert, dass die Straße nicht nur den Anwohnern gehört, sondern grundsätzlich jeder Verkehrsteilnehmer das gleiche Recht auf Benutzung des öffentlichen Straßenraums hat. Anschließend verweist er noch auf den Verkehrsentwicklungsplan.
- Eine Anwohnerin bemängelt die allgemeine Information der Stadt an die Bürger zu dieser Bürgerversammlung. Sie hätte den Zeitpunkt der Veranstaltung nur durch Zufall aus der Volksstimme erfahren. Sie selber hat diese aber nicht abonniert.

Frau Witter führt aus, dass die Stadt über ihre Internetseiten [www.magdeburg.de] sowie über weitere öffentliche Medien - hier zweimal ein Artikel in der Volksstimme - die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informiert hat.

Baumscheiben/Grünflächen

- Es wurde sich nach der Ausführung der Baumscheiben erkundigt sowie bemängelt, dass die Anwohner beim Rückschnitt ihrer privaten Hecken, dann auf die Grünflächen der Stadt treten müssen.

Frau Witter erläutert kurz die bauliche Ausführung der Baumscheiben bei vergleichbaren Projekten (z.B. Unterpflanzung).

Herr Buschmann geht kurz auf die Leitungslagen ein und erklärt, dass auch Leitungsumverlegungen mit eingeplant wurden, um z.B. den unterirdischen Bauraum besser nutzen zu können bzw. ggf. Baumpflanzungen vorzunehmen.

Innerhalb der Vorplanung wurden die Leitungslagen bereits geprüft.

In der weiterführenden Planung wird nochmals geprüft werden, inwieweit die Baumpflanzungen weiterhin an den vorgeschlagenen Standorten gepflanzt und ob Freihalteflächen für den Schnitt privater Hecken berücksichtigt werden können.

- Anwohner erkundigten sich allgemein zur Pflege der Bäume und Grünflächen.

Frau Jäger führt aus, dass die Fertigstellungspflege (1. Standjahr) und die Entwicklungspflege (2. und 3. Standjahr) im Rahmen der Fördermaßnahme ausgeführt wird. Danach übernimmt der Stadtgartenbetrieb.

Entwässerung

- Ein Bürger erkundigt sich nach dem Stand der Entwässerung, da es in der Begründung zur Baumaßnahme hieß, dass eine ordnungsgemäße Entwässerung nicht gegeben ist.

Diese Beschreibung bezieht sich auf die Bestandssituation. Frau Weber erläutert, dass der Mischwasserkanal bereits saniert ist. Im Zuge der Vorplanung wurde ein Baugrundgutachten erstellt. Die Abstände der Straßenabläufe wurden entsprechend des anfallenden Niederschlagswasser geplant und werden an den Mischwasserkanal angebunden. Weiterhin wird eine Regenwasserrigole zur Versickerung des Niederschlagswassers vorgesehen.

Wiederverwendung des Pflasters

- Ein Bürger wünscht die Wiederverwendung des vorhandenen Granitpflasters in der Seestraße, weil die Bitumendecke nicht so „schön“ ist.

In der nachfolgenden Diskussion mit weiteren Anwohnern wünschen diese, dass das bestehende Pflaster dringend ersetzt werden muss, insbesondere aufgrund der derzeit fehlenden Barrierefreiheit. Frau Weber erläutert, dass das vorhandene Großpflaster in den

Parkflächen wiederverwendet wird. Des Weiteren auch das Mosaikpflaster in den Seitenbereichen Verwendung findet, jedoch nicht in den Laufflächen des Gehweges.

Belastungsklassen

- Ein Bürger bemängelt die in der Planung nicht berücksichtigten Lastfälle für die Fahrbahn. Frau Weber verweist u.a. auf das Baugrundgutachten, die Angabe der Belastungsklassen in den Querschnitten und die korrekte Dimensionierung des Oberbaus innerhalb der Planung.

Zeitplan

- Es wird sich nach dem konkreten Zeitablauf und bauliche Umsetzung erkundigt. Frau Witter verweist auf die derzeitige Vorplanung, dass anschließend das Tiefbauamt die weiterführende Planung übernimmt (2024) und ein frühestmöglicher Baubeginn 2025 sein könnte. Dies ist jedoch abhängig von der Planung und Koordinierung mit dem LHW und den Städtischen Werken (SWM). Ferner steht noch nicht fest, wie die baustellenbedingten Sperrungen erfolgen. Es erfolgen höchstwahrscheinlich abschnittsweise, halbseitige Sperrungen.

Bauzeit

- Ein Bürger gab den Hinweis, dass die Verwaltung prüfen sollte, ob während der Bauzeit ggf. auf dem Parkplatz vom benachbarten NORMA geparkt werden kann. Ein weiterer Anwohner bestätigte, dass bereits jetzt Dauerparkplätze auf dem Parkplatz/NORMA vergeben bzw. genutzt werden. Den Hinweis nahm die Verwaltung gern entgegen. Dies wird in der weiteren Planung mit NORMA abgestimmt.

Fördermittel

- Ein Bürger erkundigt sich nach der Abhängigkeit der Fördermittel und zeitlichen Abhängigkeit. Frau Jäger erläutert die Einordnung der Fördermittel in die einzelnen Programm- und Haushaltsjahre. Ferner erläutert sie, dass Planungsgelder seit 2021 bereitstehen und genutzt werden/wurden und sich die Haushaltsscheiben bis 2024/25 strecken.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, wurde die Bürgerversammlung gegen 18:30 Uhr beendet.

aufgestellt:
Meiners

